

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Inge Aures, Natascha Kohnen, Harald Güller, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Solide Finanzpolitik statt unseriöser Steuerversprechen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt weitere Steuersenkungen auf Pump ab, das gilt sowohl für den Aufguss des Kirchhof-Modells, mit dem CDU und CSU in den Bundestagswahlkampf 2005 zogen, das damals bereits politisch scheiterte und durch das in erster Linie hohe Einkommen entlastet würden, als auch für die von der Koalition auf Bundesebene vorgesehenen Steuergeschenke zum 1. Januar 2013, die in erster Linie taktisch motiviert sind und ein politisches Zugeständnis an den kleinen Koalitionspartner sein sollen. Erforderlich ist eine solide, verlässliche und gerechte Fiskalpolitik, die ausreichende Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen sicherstellt, damit die erforderlichen Investitionen beispielsweise für Bildung, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Klimaschutz und die Energiewende dauerhaft fließen können.
2. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, alles zu unterlassen, was zu weiteren Einnahmeausfällen bei Bund, Ländern und Gemeinden führt, da bereits das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sowohl den Bundeshaushalt als auch den Staatshaushalt und die bayerischen Kommunen seit 2010 mit Steuermindereinnahmen deutlich belastet. Diese Politik soll auch deshalb unterbleiben, weil sie beispielsweise die negative Folge hat, dass die notwendigen Erhaltungsinvestitionen in die staatliche Infrastruktur nicht finanziert werden können und damit die „impliziten Schulden“ – wie es der Bayerische Oberste Rechnungshof genannt hat – steigen und Lasten in die Zukunft und damit auf kommende Generationen verlagert werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse nur dann eingehalten werden kann, wenn dafür auch durch angemessene Steuereinnahmen die Voraussetzung geschaffen wird. Deshalb ist es erforderlich, dass die massiven Defizite bei der Personalausstattung in der bayerischen Steuerverwaltung im Sinn eines besseren Steuervollzugs und der Steuergerechtigkeit rasch behoben werden.
4. Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich für eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Abgaben für die sozialen Sicherungssysteme einzusetzen und somit die falsche Politik der Beitragserhöhungen, die bislang von der Koalition im Bund betrieben wurde, zu beenden und zu korrigieren. Insbesondere soll im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die paritätische Finanzierung gesichert und dort, wo sie bereits verletzt ist, wieder hergestellt werden.
5. Der Landtag begrüßt alle Maßnahmen, die zu Vereinfachungen in der Steuererklärung führen, da gerade davon Menschen profitieren, die sich keine professionelle Hilfe leisten können, also Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Die zweijährige Steuererklärung beispielsweise ist dagegen kein Beitrag zur Steuervereinfachung. Im Gegenteil würden die Abläufe dadurch verkompliziert und der Prüfbedarf erhöht. Zudem wird für den Bürger keine Verbesserung erreicht. Deshalb wird die Staatsregierung aufgefordert, Maßnahmen zu initiieren und zu unterstützen, die wirkliche Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten, wie zum Beispiel die angemessene Anpassung von Pauschbeträgen und Kinderfreibeträgen sowie die von den Länderfinanzministern geforderte vorausgefüllte Steuererklärung.